



Die Lüge des Parlamentarismus und seine Zwecklosigkeit für das Proletariat.

Von
PIERRE RAMUS.

ZU BEZIEHEN DURCH
JOHN HUSCHLER

3066 - 25th St., near Harrison
SAN FRANCISCO, CALIF.

Preis 12 Centimes.

OFFICE AND SALES DAY
EVERY THURSDAY 8 A. M. - 6 P. M.

VERLAG W. SCHOUTETEN, Rue de Ruysbroeck 88
Brüssel, Belgien. 1911.

An das österreichische Proletariat.

Der „Wohlstand für Alle“ vertritt die Ideen des kommunistischen Anarchismus.

Sein Bestreben ist, allen Unterdrückten und Ausgebeuteten den Weg zu zeigen, auf welchem sie durch eigene Kraft ihre Befreiung erkämpfen können, indem er durch wahrheitsgetreue Darlegung und unerschrockene Kritik aller bestehenden Gesellschaftszustände das selbständige Denken in den Menschen zu erwecken und sie dadurch zum solidarisch vereinten selbständigen Handeln, zur Abschaffung jeder Autorität und jeder Herrschaft fähig zu machen sucht.

Der „Wohlstand für Alle“ bekämpft alle religiösen, patriotischen und autoritären Vorurteile, die von jenen, die aus der Arbeit Anderer leben wollen, dem arbeitenden Volke eingeflößt werden, damit dasselbe sein einzig wahres Interesse — die Beseitigung aller Schmarotzer — nicht erkenne.

Der „Wohlstand für Alle“ kämpft gegen die kapitalistische und staatliche Gesellschaftsordnung und verkündet an deren Stelle die kommende herrschaftslose Gesellschaft, gebildet durch die frei föderierten Gruppen brüderlich zusammenwirkender Menschen.

Er kämpft gegen den Militarismus, der die Söhne des Volkes bewaffnet und eindringt, um ihre Leidensbrüder in Elend und Knechtschaft zu erhalten.

Er bekämpft den Parlamentarismus, der den Ausgebeuteten vorspiegelt, daß sie durch ihre gewählten Vertreter das Recht haben, an der Regierung mitzuwirken, und der dadurch die Fähigkeit, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu besorgen, in ihnen ertötet.

Der „Wohlstand für Alle“ ist das Organ der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die nicht durch allgewaltige Führer, Beamten, Geldkassen und Kollektivverträge, auf den Weg des sozialen „Friedens“ zwischen Arbeitgeber und Arbeiter geleitet wird, sondern in autonomen, föderierten Kampfgruppen durch den Generalstreik und die direkte Aktion den täglichen Klassenkampf führt, des weiteren die Abschaffung des Lohnsystems und Expropriation der Produktionsmittel anstrebt.

Der „Wohlstand für Alle“ erscheint regelmäßig zweimal im Monat.

Preis der Einzelnummer 10 Heller.

I.

Einer unserer Leser schreibt uns folgenden Brief und ersucht um Beantwortung der in ihm aufgerollten Fragen über den Parlamentarismus. Wir erachten das von ihm angeregte Problem für so wichtig, daß wir den Brief nachstehend veröffentlichen und ihn auch im Blatte beantworten wollen, weil wir wissen, daß diese Beantwortung für alle Leser unseres Blattes von gleich großer Wichtigkeit ist.

Der Brief lautet auszugsweise wie folgt:

„Als sozialdemokratischer Leser Ihres Blattes erlaube ich mir hiermit eine Anfrage betreffs Ihrer Stellung zum Parlamentarismus.

Aus dem „W. f. A.“ habe ich in Erfahrung gebracht, daß die Anarchisten den Parlamentarismus ganz und gar verwerfen, und ich kann Ihnen mitteilen, daß ich zu derselben Überzeugung gekommen bin.

In einigen Diskussionsabenden meines Wahlvereines habe ich denn in diesem Sinne Stellung gegen den Parlamentarismus genommen. Es wurde mir dann gewöhnlich folgende Antwort gegeben: „Wenn der Parlamentarismus auch nicht viel nützt, so ist die Wahl für den Reichsrat doch sehr wichtig; dadurch wird viel vom Schmutz des ganzen Systems aufgedeckt. So etwas wirkt doch immerhin sehr aufklärend auf das Volk ein. Und dann: Weshalb streiten sich denn die einzelnen Parteien so schrecklich um einen Wahlkreis, wenn der Parlamentarismus nutzlos ist?“

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir Ihre Stellung zu diesen Punkten mitteilen wollten.

Mit freundlichem Gruß

G. S.

Die obigen Argumente zu Gunsten des Parlamentarismus sind ein Beweis seiner Schwäche; denn diese Argumente versuchen es, den Wert des Parlamentarismus nicht durch seine Leistungen für das Volk nachzuweisen, sondern zu beweisen, welchen Eindruck er auf die unwissenden breiten

Volksmassen ausübt. Hätte der Parlamentarismus in seiner geschichtlichen Entwicklung auch nur eine fortschrittlich freiheitliche Tat für das Volk aufzuweisen, seine Befürworter würden es nicht unterlassen, sich auf diese eine Leistung zu berufen; aber in Ermangelung selbst einer einzigen solchen Leistung sehen sie sich gezwungen, Nebensächlichkeiten aufzubauschen und in ein scheinbar günstiges Licht für den Parlamentarismus zu rücken.

II.

Vor allen Dingen stellen wir fest, was der Parlamentarismus ist.

Die ständische Organisation des mittelalterlichen Lebens kennt dasjenige, was wir gegenwärtig Parlament nennen, noch nicht. Es herrschte entweder der Adel oder die Geistlichkeit samt ihren besonderen Anhängern und Werkzeugen. Das Bürgertum, überhaupt die produktiven Stände, besaßen keinerlei Mitbestimmungsrecht in politischen Staatsangelegenheiten. Aber je mehr das Bürgertum wirtschaftlich erstarkte, desto mehr kämpfte es gegen diesen Zustand an. Die weltliche Macht des Staates sah sich zwischen zwei Feinden: zwischen der nach absoluter Herrschaft strebenden Kirche und den nach Mitherrschaft verlangenden wirtschaftlichen Herrschern, der Bourgeoisie. Dieses ungleiche Verhältnis zwischen den einzelnen Ständen, die insgesamt von der Ausbeutung und Beherrschung der breiten Volksschichten lebten, führte oft zu Waffenkämpfen untereinander.

Dieser Zustand der politischen Dinge erwies sich als unhaltbar. Zwischen der Revolution des Bürgertums, seinen Bestrebungen und zwischen der Herrschsucht der Geistlichkeit hin- und herpendelnd, konnte die weltliche Macht des Adels niemals jene Sicherheit und Gleichmäßigkeit gewinnen, die im Interesse all dieser drei Ständegrup-

pierungen gemeinsam gelegen war und ist. Es mußte ein neutraler Boden geschaffen werden, auf dem die verschiedenen Reibungsflächen abgeschleift, auf dem die Interessenkonflikte ausgetragen werden konnten, ohne das Gesamtsystem zu erschüttern, durch ihre Heftigkeit zu gefährden; ein Mittel mußte geschaffen werden, das den einzelnen Machtgruppen in der Gesellschaft ihren tatsächlichen Platz anwies, der ihnen nach ihrer realen Macht gebührte. Jede Macht in der Gesellschaft besitzt eine wirtschaftliche Grundlage, und so entstand nach Maßgabe der Entwicklung des industriellen Kapitalismus, also der Bourgeoisie, in allen Ländern das Parlament als gemeinsame Beratungstribüne aller Gesellschaftsmächte, die, obgleich sie oftmals widerstrebende Interessen vertreten, dennoch das eine gemeinsame, sie alle verbindende Interesse haben: die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsmaschinerie zwecks Beschirmung ihrer besonderen Ausbeutungs- und Beherrschungsinteressen über die besitzlosen Volksschichten. Das Parlament bildete nun nach Maßgabe der wirtschaftlichen Macht der einzelnen Gruppierungen ihren friedlichen Austrags- und Vergleichsmodus, der geschaffen worden, um zu verhindern, daß sie einander, wie früher, mit Waffengewalt entgegentraten und dabei den Fortbestand der ganzen, gegebenen Ausbeutungsordnung und Regierungsgewalt gefährdeten.

Dieses Situationsbild muß man sich vor Augen halten, um das Nachfolgende erst richtig zu verstehen. Denn das Parlament sollte niemals eine selbständig gesetzgebende Körperschaft sein. In Wahrheit schuf sich sowohl die politische Revolution, aus der das Parlament oft entstand, wie das Gottesgnadentum, das es bewilligte, selbst stets eine Einrichtung, die in allen Ländern die tatsächliche gesetzgebende Macht behielt

und wahrte, nämlich die verschiedenen Oberhäuser, die sowohl in den Republiken wie konstitutionellen Monarchien, bei denen im Verein mit der Krone, durch die sie konstituiert werden, die wirklichen Herrschafts- und gesetzgebenden Elemente sind. Man beachte nun genau, wie die Zusammensetzung dieser beiden Parlamente aussieht.

Die Zusammensetzung der beiden Parlamente, die es in jedem Staate gibt — das Ober- und das Unterhaus — hat folgendes Aussehen.

In den Unterhäusern unserer Parlamente befinden sich die Vertreter aller besitzenden Stände, in den Oberhäusern nur diejenigen der Großgrund- und sonstwie Besitzenden, die das Recht haben, oder vielmehr die militärische Macht des Staates, um alles zunichte zu machen, durch ihre Abstimmung zu verwerfen, was dem Bestand des Systems durch die Abstimmungen im Unterhaus irgend wie gefährlich werden könnte. Dabei muß man wissen, daß die ganze Arbeit des Unterhauses, also bei uns des Abgeordnetenhauses, durch das Oberhaus, das Herrenhaus, praktisch festgelegt wird, aus dessen Reihen die Regierungskomitees, also die verschiedenen Minister die Richtschnur ihrer Gesetzesvorlagen und ihres Arbeitsprogrammes empfangen. Alles, was von dem unteren Hause angenommen wird, ist absolut bedeutungslos, so lange es nicht die Gutheißung des oberen Hauses und zuletzt auch noch die Sanktion der Krone erhalten hat.

Daß somit an eine revolutionäre Tätigkeit im Parlament nicht gedacht werden kann, ist klar; daß das Parlament keine die bestehende Verfassung und ihre Einrichtungen umstürzende Arbeit leisten kann, ist gleichfalls klar, denn es wurde gerade zu dem Zwecke geschaffen, die Einrichtungen der bestehenden Gesellschaftsform, durch das versöhnende Näherbringen ihrer ein-

zelenen Vertreter, durch das gemeinsame Kompromißnachgeben aller Ausbeuter und Herrscher, zu konservieren, zu verewigen.

Die Hervorhebung der einzelnen Punkte über das Wesen des Parlamentarismus, wie dies oben geschehen, beansprucht nicht, erschöpfend zu sein. Aber sie genügt durchaus als Beweis für die Tatsache, die wir Anarchisten stets behaupten, daß das Parlament eine Institution wohlerrkannten Interesses für sämtliche ausbeuterische und herrschende Klassen ist, um das System ihrer Ausbeutung und Herrschaft vor seiner es sonst selbst zersetzenden gegenseitigen Selbstzerfleischung zu bewahren.

III.

Die Zusammensetzung unserer Parlamente hat im Laufe der Zeitabschnitte, besonders in der Gegenwart, eine kleine Veränderung erfahren. Während der Parlamentarismus bis vor der französischen Revolution ein gegenseitig wirkender Vermittlungsfaktor der Herrschenden und Ausbeuter untereinander war, sehen wir seit 1789, daß er auch ein Faktor der besitzlosen Klassen werden soll. Und je mehr der zunehmende Industriekapitalismus die Klassengegensätze zwischen den Kapitalisten und Kapitallosen verschärft, vermehrt, desto rascher sieht sich der Staat veranlaßt, den letzteren, kurz gesagt den Proletariern, den Parlamentarismus zu gewähren. Dort, wo die industrielle Entwicklung stark in die Halme schießt und im Handumdrehen ein großes Proletariat schafft, wie es um die sechziger Jahre in Deutschland geschah, gewährt der Staat der Arbeiterklasse den Parlamentarismus ganz freiwillig; dort, wo die kapitalistische Entwicklung noch unentwickelt ist, also noch keine größere Arbeiterklasse zusammenballte, mit der der Staat zu rechnen hat, wo aber die einzelnen Führer — fast durchwegs Bourgeois, Intellektuelle, Sprößlinge der Klein- und Groß-

bourgeoisie, die nach Beamtenkarrieren Ausschau halten, Doktoren, Schriftsteller, Advokaten, aber auch Arbeiter, die nach einer bourgeoisen Existenz streben! — dieser aufstrebenden, aber innerlich noch schwachen Arbeiterbewegung auch die Frage der Berechtigung der Arbeiterklasse zum Eintritt ins Parlament aufwerfen, das allgemeine gleiche Wahlrecht fordern, vollzieht sich diese Entwicklung der Gewährung des Parlamentarismus an die arbeitenden Massen etwas schroffer. Mit gewohnter Brutalität, mit dem Kasten- und Klassenegoismus seiner traditionellen, alten Autorität stößt der Staat die kleine Schar, die er vor sich erblickt, hohnlächelnd von sich. Aber sobald er sieht, daß die Jahre der Entwicklung des Kapitalismus eine starke, an Zahl starke Arbeiterklasse heranzüchten, dann gewährt er aus Selbstinteresse das allgemeine Wahlrecht. Es ist dann für ihn das Mittel, um diese nun fest gefügte Klasse an das bestehende System zu fesseln und zu verhüten, daß sie ihre revolutionäre Kraft gegen dasselbe kehre. Diese Verhütung besorgt der Parlamentarismus für den Staat.

Hier treten uns gerade und vor allen Dingen, ja zuerst die Wahlen als ein solches Ablenkungsmittel der Massen von ihren revolutionären Zielen entgegen. Es gibt für eine Klasse wie das Proletariat nur zwei Formen ihrer Betätigung als Klassenorganisation: Das Proletariat kann als revolutionäre Klasse sich gegen das Gesamtsystem kehren mit dem ausgesprochenen Ziel, eine neue Gesellschaft an Stelle der alten zu begründen, oder aber es kann auf den Wegen der verfassungsmäßig verbürgten Tätigkeitsmöglichkeit aller Staatsbürger es versuchen, die zwischen den verschiedenen Klassen entstehenden Reibungsflächen abzuschürfen, die Interessenkonflikte möglichst auszugleichen und von diesem bestehenden Ausbeutungssystem zu fordern, sogar zu

empfangen, was das System ohne Gefährdung seiner Existenz zu bieten vermag.

Der erste Weg ist jener des revolutionären sozialen Kampfes, wie ihn der Anarchismus durch seine revolutionär-gewerkschaftliche Arbeiterbewegung lehrt; der zweite Weg ist jener der parlamentarischen Sozialdemokratie.

IV.

Die Wahlen im kapitalistischen Staat finden einzig und allein zu dem ausgesprochenen Zweck statt, um das werktätige Volk von sozialrevolutionären Zielen abzulenken. Sie werden von der Regierung ausgeschrieben und befohlen, so bald die Regierung die Herbeiführung eines Ausgleiches zwischen den verschiedenen Kampfgruppierungen im sozialen Leben wünscht. Und nun beobachtet man das Spiel ganz genau: In den Wahlen, eben so wenig wie im späteren Parlament, treten sich nicht die wahren Vertreter des bestehenden Systems entgegen. Es sind vielmehr die Klopffechter der wahren Repräsentanten, die selbst sich ganz passiv verhalten, weil sie ihre Vertretung finden als Regierung, als Oberhaus und, wirtschaftlich gesprochen, als Börse. Diejenigen, die in den Wahlen einander entgegen treten, sind die Agenten, die Zwischenhändler, die Vermittler zwischen den Volksmassen und ihren Auftraggebern, die den Kandidaten das ganze nun entstehende Spiel überlassen. Diese Kandidaten versuchen es nun, sich die Stimmen der Wählermassen gegenseitig abspenstig und streitig zu machen. Um darin Erfolg zu haben, müssen sie einander an Lüge, Demagogie, Volksbetrug und Versprechungen überbieten. Jeder Agent lobt natürlich seine Ware am meisten, denn jeder möchte selbst gerne das Mandat erhaschen — weil ein jedes Mandat eine sorgenfreie Existenz verbürgt, entweder durch den Staat oder durch die betreffende Parteimaschine gewährleistet. Letzteres Exis-

tenzprinzip trifft vornehmlich bei proletarischen Vertretern zu.

Und was ist es, das in den Zeiten der Wahlen besprochen, warum gehandelt, geschachert und gestritten wird? Alles andere, nur nicht prinzipielle Fragen. Wahlen bedeuten und an ihnen teilzunehmen, ist gleichbedeutend mit: dem anderen Kandidaten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die größte Demagogie bildet gewissermaßen das Geistesniveau einer Wahl, da alle übrigen Parteien sich auf ihm bewegen müssen, wollen sie nicht die Stimmen ihrer Wähler einbüßen. Sämtliche Kandidaten gebrauchen als Köderungs mittel für die Wähler die allgemeinen politischen Tagesfragen, die nur für das bestehende System von Bedeutung sind, mit Sozialismus und Klassenkampf aber gar nichts gemein haben. Sämtliche der Kandidaten — die das Volk persönlich gar nicht kennt, die die Parteien dem Volke präsentieren! — wissen es, daß sie ihre Versprechungen nicht erfüllen können, weil sie ohnmächtig sind, dasjenige durchzuführen, was ihre Wähler von ihnen wünschen und erhoffen, wenn nicht das Oberhaus es gestattet, was nie geschieht, wenn das gegebene Versprechen sich gegen die Interessen der bestehenden Gesellschaft kehrt. Aber zur Zeit der Wahlen kommen solch prinzipielle Erörterungen überhaupt nicht auf; der Sozialismus wird während der Wahlagitation nicht einmal namentlich angeführt, weit weniger noch seine revolutionäre Schärfe. Die Wahlen sind das demagogische Wetteifern der glatten Streberseelen und Ämterjäger, die, ohne gelernte Bürokraten zu sein, ihre Staatspründe sich, auf den Nacken des Volkes steigend, zu ergattern wünschen.

Gewiß, die Wahlen decken Schmutz und Korruption auf. Aber nie die Korruption des Systems, sondern nur die Korruption der einzelnen Parteiführer, die selbst, wie bereits betont, eigentlich nur die Klopff-

fechter der wirklichen Korruptionsgewalten sind. Und dabei darf ein Umstand nicht übersehen werden: die Parteien verleumden, verdächtigen und besudeln sich gegenseitig. Will man, auch nur von diesem Standpunkt aus, konsequent sein, so muß man sich von ihnen allen abwenden, denn es gibt keine parlamentarische Partei, die, wenn sie von der anderen wahrheitsgemäß geschildert wird, noch irgend welchen Anspruch auf Achtung und Beachtung erheben kann. Und es ist Tatsache, daß die gegenseitigen Verleumdungen der Parteien wider einander darin bestehen, daß sie zu wenige der traurigen Wahrheiten gegeneinander aussagen und zu viele Lügen über einander austreuen.

Dieses Aufdecken des Schmutzes der Nachbar- und Nebenparteien hat gar keinen Sinn und keine Bedeutung für die Aufklärung der Volksmassen. Diese glauben, daß die andere Partei besser sei, weil sie gewöhnlich den Spiegel nicht kennen, der dieser von jener Partei vorgehalten wird. Das Volk wankt und schwankt somit in den Wahlen nur zwischen positiv korrupten Parteien umher, es vertauscht ein Übel gegen ein anderes Übel, es lernt niemals die wahre Geistesbedeutung seiner eigenen Gemeinschaft kennen, die in der Abkehr von diesen Ehrgeizlingen und Betrügnern der Politik und aller Parteien besteht, die im gemeinsamen idealen Interessenkampf der Solidarität gegen das Gesamtsystem des Staates, der Kirche und des Kapitalismus gelegen ist.

Es ist auch ganz einerlei, welche Prinzipien die gewählten Abgeordneten zu vertreten vorgeben; sie können entweder staats-erhaltend wirken oder gar nicht. Schon ihr Eid auf die Verfassung, den sie vor Eintritt ins Parlament abzulegen haben, verunmöglicht es ihnen, sich ernsthaft antistaatlich zu betätigen, ohne sich selbst auszuschließen aus dem Parlament und seinem für die Arbeiterklasse und ihre revolutio-

nären Ziele zwecklosen Treiben. Dieses Getriebe besteht ausschließlich in der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und in der Lösung der in ihr und durch sie entstehenden Konflikte auf die für das Gesamtsystem zweckmäßigste Art. Große Fragen der Kultur und Geistesgeschichte finden im Parlament schon deshalb keinen Anklang, weil ein Parlament stets nur der Gutheißungsakt der außerparlamentarisch sich im Volksbewußtsein längst vollzogenen Tatsachen bilden kann.

V.

Und nun zum anderen Punkt unserer Betrachtung: weshalb sich denn eigentlich die Parteien so sehr bekämpfen, wenn es einerlei, welche Partei am meisten im Parlament vertreten sei? weshalb machen sie einander mit so vielen Kosten und Mühen jeden Wahlkreis strittig?

Die Antwort auf diese Fragen ist sehr leicht gegeben: Weil die bürgerlichen Parteien als Vertreter gewisser und besonderer Interessen der kapitalistischen Gesellschaft ein ganz positives Interesse an dem Parlamentarismus haben. Es ist uns nie eingefallen, zu leugnen, daß die Bourgeoisie, die verschiedenen Schattierungen in ihr, kurz alle Eigentums- und Machtkreise des Kapitalismus einen ganz bestimmten Wert im Parlament erblicken müssen, da es tatsächlich das Spiegelbild ihrer gegenseitigen Machtabgrenzungen ergibt. Alles, was wir bestreiten, ist, daß das Proletariat irgend ein Interesse an dem Parlament oder der Vertretung im Parlament habe, wenn dieses revolutionär sein, und den Umsturz der heutigen Gesellschaft und den Aufbau einer staats- und ausbeutungslosen herbeiführen will.

Wenn die bürgerlichen Parteien sich gegenseitig die Wahlkreise streitig machen, so hat dies einen sehr materiellen Grund. Ihre Auftraggeber besitzen in all diesen oder

anderen Wahlkreisen Privateigentum an Grund und Boden, an Fabriken, an Häusern, an Maschinen, an Verkehrsmitteln usw. Ein Kapitalist will nun, das begreift sich, seine besonderen Interessen stets auf Kosten anderer gefördert haben; ganze Gruppen wollen dasselbe gegenüber anderen; der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist auch im Kapitalismus ein tiefgreifender usw. Sie alle verstehen nun sehr wohl, daß je mehr es ihnen gelingt, die Vertreter ihrer besonderen Interessen vorrechte ins Parlament zu entsenden, desto mehr werden sie Gehör bei ihren Großbrüdern im Herrenhaus — schon der Name ist bezeichnend! — finden, desto ausschlaggebender wird ihr außerhalb des Parlaments gelegener Privilegienstand gegenüber jenem anderer Kapitalistenkreise sein.

Kurz gesagt, die kapitalistischen Parteien aller Namen und Schattierungen haben ein ausgesprochenes, wohlbegründetes Interesse daran, in möglichst großer Stärke in ihr Haus zu gelangen, weil sie eben im Parlament ja das einzige Entscheidungsmittel erblicken, das, bei Aufrechterhaltung des gemeinsamen Systems der Ausbeutung und Unterdrückung, ihre besonderen und einzelnen Machtfragen zu einem vorläufigen Austrag bringen kann. Ihre Macht im Parlament verteilt sich aber nicht nach den Sitzen, Mandaten usw., die sie inne haben, sondern der Kampf wird nur deshalb mit der bekannten Erbitterung geführt, weil, um eine ihrer sozialen Macht tatsächlich entsprechende Vertretung zu gewinnen, sie ja die Stimmen der breiten Volksmassen ködern müssen — da nun dies einmal die Art des ganzen Spieles ist. Tatsächlich besteht die Macht der bürgerlichen Parteien nicht auf der Anzahl der Mandate, die sie im Parlament haben, sondern auf dem sozialen Wirtschaftsmonopolismus, auf ihrem sozialen Reichtum, den sie außerhalb des Parlaments besitzen.

Angenommen, wir haben im Parlament nur einen Vertreter des Großgrundbesitzes, so sollte man meinen, seine Macht sei eigentlich gleich Null. Dem ist aber nicht so. Das Parlament mag tausend Mal diese oder jene Vergünstigung für die Landarbeiterbevölkerung beschließen. Der Beschluß verbleibt ein toter Buchstabe, falls der Großgrundbesitzer die Hunderttausende von Arbeitern in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis hat, daß er, müßte er sich an die Vergünstigung kehren, ihr Lohnverhältnis verschlechtern würde. Es werden dann gerade diese Landarbeiter es sein, die sich mit besonderer Erbitterung gegen das sie „begünstigende“ Gesetz kehren — und der eine Vertreter des Großgrundbesitzes ist mächtiger als das Gesamtparlament. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird am besten durch den einen Umstand charakterisiert, daß ein Parlament niemals dasjenige zur Ausführung bringt, was eine Mandatsmajorität will, sondern nur das, was der sozialwirtschaftlichen Macht einiger kleiner, aber sehr reicher Interessenskreise außerhalb des Parlaments — die oftmals kein Dutzend Mandate vertreten — entspricht.

Wenn das Proletariat eine wirtschaftlich freie, mächtige Klasse wäre, so hätte es ein eminentes Interesse an der Beteiligung am Parlamentarismus; es hätte im Parlament sehr wohl etwas zu vertreten. Aber das Proletariat ist eine wirtschaftlich unfreie Klasse, eine wirtschaftlich abhängige oder besitzlose Klasse — und deshalb ist ihre Mitwirkung am Parlamentarismus absurd, aussichtslos und zwecklos, wenn nicht bedeutend schlimmer, welches letzteres wir aber im Rahmen dieser Behandlung des Gegenstandes gar nicht berühren wollen; nämlich die Korruptionseinwirkung des Parlamentarismus auf das Proletariat selbst und dessen gewählte Führer. Wir halten uns nur daran: Jede Klasse, die ein Besitzprivilegium innerhalb der bestehenden Ge-

sellschaft gewahrt zu sehen und seitens des Staates den besonderen Schutz für ihre Privilegien zu erhalten wünscht — sie hat ein eminentes Interesse am Bestand des Parlamentarismus, wie am Bestand der Justiz, der Polizei, des Militarismus, überhaupt der Staatsautorität, deren eine, wenn auch untergeordnete, Funktion auch das Parlament ist. Jede Klasse aber, die wirtschaftlich und politisch keine Interessenprivilegien zu wahren wünscht, die im Gegenteil alle Privilegien und Monopole und wirtschaftlichen Ungleichheiten abzuschaffen anstrebt, hat keinerlei Interesse am Parlamentarismus — wörtlich, aus dem Französischen übersetzt, bedeutet das Wort etwa so viel wie Lügengeschwätz! —, muß ihn, gemeinsam mit dem Gesamtstaate und all seinen Äußerungen, bekämpfen.

VI.

Eine Sache, die vielen Arbeitern nicht klar ist, ist die Rolle, die das Parlament für die Regierung spielt und bedeutet. Die Arbeiter sehen im Parlament meistens ein Bekämpfungsmittel, das gegen die Regierung gekehrt werden kann; sie begreifen nicht, weshalb die Regierung das Parlament auf ihrer Seite zu haben wünscht und sich oftmals zu Scheinzugeständnissen herbeiläßt, nur um eine kompakte Regierungsmajorität zu gewinnen. Die Arbeiterschaft läßt sich dazu verleiten, zu glauben, daß dies ein Beweis für die Wichtigkeit des Parlaments für sie sei — während in Wahrheit es sich nur um ein nicht neues, nur weiteres Täuschungsmittel handelt, das gegen die Arbeiterklasse angewendet wird.

Das Streben der Regierung eines jeden Staates nach einer kompakten Majorität der „Volksvertreter“ im Parlament hat einen ganz anderen Grund, als gemeinhin angenommen wird. In unserer Zeit der Heuchelei, des Konstitutionalismus und des Parlamen-

tarismus hat sich allmählich die Lüge zu einer förmlichen Wissenschaft herausgebildet, daß der Staat, sein Gewaltmechanismus, nichts anderes sei als der Ausdruck des Volksbewußtseins. Wie tief dieses aber auch sein mag, wie wenig entwickelt es auch ist, so ist es doch unwahr, zu behaupten, daß der Terrorismus, die gewaltsame Wegnahme von Geld durch den Staat, was er Steuerabgabe nennt, der Krieg und sein mörderisches Schlachten, die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen sozialen Not und Versklavung — daß all dies der Wunsch des Volkes selbst wäre. Das Volk erblickt im Staate im Gegenteil etwas ganz anderes: einen Schirmer des Schwachen gegen den Starken, einen Hüter des Rechtes gegenüber dem Unrecht, das Volk versteht den Staat nicht, kennt sein inneres Wesen nicht und erblickt in ihm das Gegenteil von dem, was er tatsächlich ist, stets sein muß. Der Staat hat das größte Interesse, diese Täuschung des Volkes über sein Wesen aufrecht zu erhalten, aber unmöglich kann ihm dies auf die Dauer gelingen, wenn er selbst alle diese Maßnahmen durchführen muß, die das Volk bedrücken, ausbeuten und niederhalten. Im absolutistischen System haßt jedermann aus dem Volke den Staat, denn unverhüllt offenbart sich dort sein Wesen. Die Kunst des konstitutionellen Staates ist es eben, dieses sein Wesen zu verhüllen — und dazu dient ihm der Parlamentarismus.

Während im absolutistischen Staat das Finanzwesen, die Steuern, der Militarismus, die Justiz usw., direkt und unvermittelt vom Staat selbst organisiert und dekretiert werden, geschieht dies in den parlamentarischen Staaten, die im Interesse ihres entwickelten Kapitalismus gewisse Rechtsgarantien besitzen müssen, ebenso direkt, aber verhüllt, vermittelt und auf dem Umwege des Parlaments. Alles, was die Regierung, was der Staat braucht, um sein menschenfeindliches, lebentötendes Parasitendasein zu

fristen, wird seitens seiner persönlichen Vertreter dem Proletariate unterbreitet. Diese „Volksvertretung“ — in Wahrheit nur Parteienvertretung — hat nun theoretisch das Recht, die Regierungswünsche anzunehmen oder abzulehnen. Nur theoretisch; denn ganz abgesehen davon, daß ein jeder Staat das Parlament vor vollzogene Tatsachen stellt und dann nur mehr seinen Stimmungsausdruck einholt, muß das Parlament dasjenige annehmen, was der Regierung notwendig. Erstens, weil es die einzige Möglichkeit der diversen Klassen ist, in Beziehung zur Regierung zu treten, zweitens, weil die Abgeordneten gemeinsam von der Regierung gefüttert werden (wie Justiz, etc. auch) und drittens, weil das Parlament einfach nach Hause geschickt, aufgelöst wird, wenn es konsequent dem Willen der Regierung sich nicht fügt, die Regierung aber ihrerseits durch das Herrenhaus sich selbst alles dies gewährt, was sie braucht oder richtiger: was sie sich schon eigenherrlich nahm.

Allerdings vermeiden die Regierungen nach Möglichkeit diesen offenen Weg des Absolutismus, wenn sie konstitutionell. Sie wollen ihn nicht, weil er ohne Heuchelei die ganze Wahrheit enthüllt: Parlamentarismus, überhaupt sogenannte „Volksrechte“, existieren nur so lange, als sie im Interesse der bestehenden Gesellschafts- oder Staatsform sind. Viel lieber als diese offene Deklaration ist es der konstitutionellen Regierung, einfach zu sagen: Alles, was im Staate an Bedrückung, Auspressung und Vergewaltigung der Volksmassen geschieht und worüber diese jammern und klagen, all dies tue ja nicht ich, sondern — das Volk, wie es seinen Willen kundtut in seiner Volksvertretung, hat dies selbst gewollt. Der Staat wird scheinbar der unpersönliche, in Wahrheit aber ist er, wie wir gesehen haben, die einzige personalistische Aktionskraft im ganzen Wirken des Parlama-

rismus, der nun für den Staat ein Deckmäntelchen, ein schützender Vorhang ist, um die große Lüge unserer Zeit von der Volksherrschaft und der Selbständigkeit der Völker durch ihre Parlamente aufrecht zu erhalten.

VII.

Die obige, etwas ausschweifende Beantwortung der Fragen unseres Lesers war deshalb notwendig, weil sie ein allgemein wichtiges und im Geiste der Arbeiter, wie vieler rechtlich denkender Menschen, leider viel zu wenig geklärtes Problem berühren. Für uns muß es sich nun darum handeln, unsere Stellung als Anarchisten-Kommunisten zum Parlamentarismus zu präzisieren. Was wollen wir an die Stelle des Parlamentarismus setzen? wie stellen wir uns die Verwaltung der Kommune der Zukunft ohne Parlament vor? wie glauben wir, alle die großen Fragen der Allgemeinheit und Gemeinsamkeit ohne Parlament lösen zu können?

Für die Anarchisten zerfällt das Problem des Parlamentarismus in verschiedene Teile notwendiger Feststellungen. Sie seien hiermit gegeben.

Der Anarchist kämpft nicht für die Abschaffung des Parlamentarismus zu Gunsten des Absolutismus. Wenn der Anarchist den Parlamentarismus bekämpft, bekämpft er gleichzeitig jedes Staatsprinzip, also auch den Absolutismus. Für uns ist das Vertretungssystem der Bourgeoisie ein wesentlicher Bestandteil des Kapitalismus, und wir überlassen es der Bourgeoisie, ihre Institution, d. h., die Einrichtung, die am meisten ihr und ihren wirtschaftlichen Privilegien zum Vorteile dient, zu schützen und zu stützen gegenüber dem Ansturm der Staatsautorität, mit der sie sich oft in fiskalischen Zwistigkeiten befindet.

Für den aktuellen Klassenkampf des Proletariats können wir revolutionäre kommunistische Anarchisten das Parlament schon

gar nicht brauchen. Dasselbe spiegelt auch nicht die Klassengegensätze zwischen Ausbeutertum und Ausgebeuteten wider, wie die Sozialdemokratie lügnerisch-demagogenhaft behauptet, sondern stellt nur die Ständes- und Interessengegensätze innerhalb der Herrschenden und Ausgebeuteten selbst dar. Da das Proletariat keinerlei wirtschaftlichen Besitzstand am Gesellschaftsreichtum zu verzeichnen hat, hat es im Parlament etwa eben so wenig oder so viel zu suchen, wie auf der Produktenbörse; diese letztere vertritt die realen wirtschaftlichen Spekulationsinteressen genau so wie das Parlament die politischen, sozialpolitischen. Maßgebend ist auf der Börse wie im Parlament einzig und allein der Reichtum. In Folge dessen haben nur Reiche, Ausbeuter und Herrschende ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Börse wie des Parlamentes.

In einer freien Gemeinschaft von Menschen, wie sie die anarchistisch-kommunistische Gemeinde darstellt, gibt es überhaupt kein Parlament. Im besten Fall kann das Parlament gebieten, daß Häuser gebaut, Straßen gelegt, Verkehrsverbindungen durchgeführt werden; das Parlament selbst kann weder Häuser bauen, noch Straßen legen, oder gar Verkehrsverbindungen schaffen. Um dies zu erreichen, muß es, so weit es überhaupt sozial und nicht nur im Interesse des Staates tätig ist, die Menschen mit Steuern und Abgaben bedrücken, die nicht nur die Kosten der geplanten Arbeitstätigkeit betragen, sondern auch die Gehälter und Honorare für die Schmarotzerexistenz der Abgeordneten, Minister usw. umfassen. Alles das verwirft der Anarchismus. Eine anarchistische Gemeinde erwartet keine Befehle von oben, ob Straßen gebaut usw. werden sollen; die freie Gruppierung der Straßenbauarbeiter, die fachlich allein dazu berufen ist, ein Urteil über die Ausführung dieser oder jener Arbeit zu fällen, baut aus eigener Initiative die Straßen, weil die

Straßenbauarbeiter, als Mitglieder der Gemeinde, ein Interesse daran haben, daß Straßen vorhanden sein sollen, und weil sie als Kenner verstehen, wie notwendig diese sind. Ebenso verhält es sich mit der Ausführung von Bauten, Anlegung von Verbindungs- und Verkehrsmitteln des Schalles usw. Die Berufenen, als Fachmänner, führen sie diese Arbeiten aus zur Verschönerung der Gemeinschaft, der sie angehören, in freier Produktion walten alle Berufskörperschaften, alle freien Vereinigungen des Geistes, der Arbeit, der Kultur und Verschönerung des Daseins. Die gemeinsamen Angelegenheiten werden, so weit sie nur diese berühren, von der autonomen Gruppe erledigt; die gemeinsamen Angelegenheiten aller werden von denjenigen erledigt, die kraft ihrer beruflichen Kenntnis die beste Entscheidung zu fällen wissen — auf Grund praktischer Durchführung und Erfahrung. Alle Gemeinsamkeitsangelegenheiten werden zu gleicher Zeit in Hunderten von Vereinigungen besprochen, erörtert, durchdacht. Diejenigen, die für eine bestimmte Sache gewonnen sind, führen sie gemeinsam durch, sie haben ganz denselben freien Zutritt zu den Produktionsmitteln und Wirtschaftsstätten wie meinetwegen die Majorität, die es ablehnt, sich an den Beschlüssen der Minorität zu beteiligen. Dies ist ihr gutes Recht, aber sie kann in der anarchistischen, also herrschafts- und darum ausbeutungslosen Gemeinschaft die Minorität nicht an der Ausführung ihrer besonderen Pläne hindern, weil es eben keine staatliche Zentralgewalt mehr gibt, allen Menschen somit die Möglichkeit genommen ist, einzelne oder viele an der Betätigung ihrer Anschauungen zu hindern. Dies ist die Grundlage der Kulturentwicklung der Menschheit in der Anarchie.

Wo, so fragen wir, verbleibt in einer solchen sozialistischen Gemeinschaft der Parlamentarismus? Dieses Schmarotzerge-

wächs des bürgerlichen Staates hat keinen Raum in ihr. Was bekümmert uns der bürgerliche Parlamentarismus, welche Bedeutung hat er für uns als Sozialisten? Gar keine. Er ist der Giftbaum des bürgerlichen Staates eben so wie die Börse der Giftbaum des Kapitalismus ist. Diese beiden Institutionen gehören der Bourgeoisie an, ihren Mitverbündeten, all jenen, die als Klasse zu fallen bestimmt sind, sobald die Gesellschaft zur wahren Freiheit, wirtschaftlichen Gleichheit und Gerechtigkeit erwächst. Eine solche Gemeinschaft betätigt höchstens das Initiativ- und Referendummittel, um den Ideenzustand der Bevölkerung festzustellen, jedoch nie und nimmer ein absurdes Vertretungsprinzip des leeren Geschwätzes, wie es der Parlamentarismus darstellt.

Mit Abscheu und Ekel wenden wir uns ab vom Parlamentarismus und seinem ganzen Treiben. Wir bekämpfen das heutige System der Ausbeutung und Herrschaft in seiner Gänze. Wir stützen es nie und nimmer, wenn wir es bekämpfen können. Unser Weg ist der soziale Kampf, unser Ziel die Beseitigung jeder Staatsknechtschaft und Lohnsklaverei und zusammen mit ihnen fällt auch die große Lüge unserer Zeit: der Parlamentarismus. An seine Stelle tritt in der Anarchie die staatslose Autonomie aller Wirtschaftsgruppen, die freie Vereinigung aller Bundesgenossen gemeinsamen Strebens und Wollens.

Verlag W. Schouteten, Brüssel.

Folgende Agitationsschriften sind in obigem Verlag erschienen :

Enrico Malatesta: Anarchie	15 cent.
Pierré Ramus: Der Antimilitarismus als Taktik des Anarchismus	15 cent.
A. Jobert: Die Frauen und der Krieg	6 cent.
F. Thaumazo: Kultur und Fortschritt	4 cent.
Michael Bakunin: Die Pariser Kommune und die Idee des Staates	10 cent.
Leo Tolstoi: Aufruf an das Volk	6 cent.
M.: Skizzen a. d. russischen Revolution	10 cent.
Edward Carpenter (mit Porträt): Die Gesellschaft ohne Regierung	12 cent.
P. Ramus: Zur Kritik und Würdigung des Syndikalismus.	K 0.06
Pierre Ramus: Edward Carpenter, ein Sänger der Freiheit und des Volkes. Eine Studie seines Lebens und seiner Werke	K 0.20
— Generalstreik und direkte Aktion	K 0.40
William Morris: Lieder der Arbeit	K 0.10
Emma Goldman: Die Tragödie der Frauenemanzipation.	K 0.10
P. Ramus: William Godwin, der Theoretiker d. kommunistischen Anarchismus (samt Porträt)	K 2.—
Francisco Ferrer: Sein Leben und sein Werk. Nach authentischen Quellen und Materialien, insbes. nach den dokumentarischen Veröffentlichungen des „Comité de défense des Victimes de la répression espagnole“, bearbeitet von Pierre Ramus	K 1.—
Jahrbuch der freien Generation. Volkskalender u. Dokumente der Weltanschauung d. Sozialismus-Anarchismus (128 Seiten).	Fr. 1.—
Peter Krapotkin: Die französische Revolution	K 5.—
— Gegenseitige Hilfe in der Natur und Menschheit	K 2.40
V. E. Teranus: Der letzte Krieg.	K 1.70
Leo Tolstoi: 1. Der Soldatenartikel. 2. Das Ende naht!	K 0.12.
John Henry Mackay: Max Stirner. Sein Leben und sein Werk	K 3.—
Die Maske herunter! (Vergessene Kapitel zur Geschichte der österr. Gewerkschaftsbewegung)	K 0.12
Liberator: Die Tyrannei der Not und das Endziel des Anarchismus	K 0.06
Edward Carpenter: Der Freiheit entgegen. (Zwei Bände)	K 5.—

Verlag W. Schoute

Folgende Agitationsschriften

Verlag erschienen :

- Enrico Malatesta: Anarchie**
Pierre Ramus: Der Antimilitarismus.
Taktik des Anarchismus
- A. Jobert: Die Frauen und der Krieg**
F. Thaumazo: Kultur und Fortschritt
Michael Bakunin: Die Pariser Kommune und die Idee des Staates.
Leo Tolstoi: Aufruf an das Volk
M.: Skizzen a. d. russischen Revolution 10
Edward Carpenter (mit Porträt): Die Gesellschaft ohne Regierung 12 cen
P. Ramus: Zur Kritik und Würdigung des Syndikalismus. K 0.3
Pierre Ramus: Edward Carpenter, ein Sänger der Freiheit und des Volkes. Eine Studie seines Lebens und seiner Werke K 0.2
— Generalstreik und direkte Aktion K 0.40
Emma Goldmann: Die Tragödie der Frauenemanzipation. K 0.10
P. Ramus: William Godwin, der Theoretiker d. kommunistischen Anarchismus (samt Porträt) K 2.—
Francisco Ferrer: Sein Leben und sein Werk. Nach authentischen Quellen und Materialien, insbes. nach den dokumentarischen Veröffentlichungen des „Comité de défense des Victimes de la répression espagnole“, bearbeitet von Pierre Ramus K 1.—
Jahrbuch der freien Generation. Volkskalender u. Dokumente der Weltanschauung d. Sozialismus-Anarchismus (128 Seiten). Fr. 1.—
Peter Krapotkin: Die französische Revolution K 5.—
— Gegenseitige Hilfe in der Natur und Menschheit K 2.40
V. E. Teranus: Der letzte Krieg. K 1.70
Leo Tolstoi: 1. Der Soldatenartikel. 2. Das Ende naht! K 0.12.
John Henry Mackay: Max Stirner. Sein Leben und sein Werk K 3.—
Die Maske herunter! (Vergessene Kapitel zur Geschichte der österr. Gewerkschaftsbewegung) K 0.12
Liberator: Die Tyrannei der Not und das Endziel des Anarchismus K 0.06
Anfragen in Bezug auf Bestellungen können DIREKT an die Redaktion des „Wohlstand für Alle“, Wien, XXI. Pilzgasse 2, (Part.) gerichtet werden.

eben erschienen:

Verlag der freien Generation

Folgende für 1911.

Verlag ersch.

Enrico Malender und Dokumente der
Pierre R. schauung des Sozialismus-
Tak
Anarchismus.

A. Jobert
F. Thamer reiche Inhalt des 128 Seiten starken
Mich. umfaßt neben dem Kalendarium für 1911
sch folgende Artikel und Gedichte:

L. Gerald Massey; Das Erwachen des Volkes (Gedicht).
M. Moethe: Die Natur. Charles Malato: Die Revolution in Spanien
E. Francisco Ferrer. Domela F. Nieuwenhuis: Der Anarchismus
nie unter. A. Czizmadia: Vor der Fabrik (Gedicht). Pierre
: Die Internationale des Proletariats und das inter-
P. R. Riale Sekretariat. Dr. Jules Carret: Ein Beweis für die
textistenz Gottes. Peter Krapotkin: Die Moralität der Natur.
Anton Menger: Soziale Gleichheit nur in der Anarchie. Elisabeth
Gibson: Stimmen aus der Wildnis. (Gedicht). Die revolutionäre
Arbeiterbewegung in der romanischen Schweiz. Dr. Otto Karmin:
Ist Religion Privatsache? Der Anarchismus in Rußland. Richard
Wagner: Tagebuch. E. Armand: Die ethische Wertung der
militärischen Dienstpflicht in der Geschichte unserer Zeit.
G. Rijnders: Die anarchistische Bewegung in Holland. W. Käst-
ner: Schönheit und Menschenkörper. Von einem gewesenen
Sozialistrevolutionär: Revolutionäre Justizinkquisition. Martin
Drescher: Träume eines Einsamen (Gedicht). F. Thaumazo:
Johann Most. Intime Erinnerungen zu seinem fünften Todestag
Maurice Hewlett: Betrachtungen eines Sonderlings. Zs. Bodrogi:
Daheim (Gedicht). August Busler: Geist oder Schablone?
Gedanken von Lombroso, Dostojewsky u. Otto Erich Hartleben.
Dr. Max Nettlau: Bibliographie der Anarchie. Adressenverzeich-
nis der Internationale der revolutionären Gewerkschaftsbewegung
und Aufruf der Kulturgemeinschaft Freie Generation.

Preis des schön ausgestatteten und illustrierten
Jahrbuches ist inkl. Porto

Mk. 1, — K 1.20, Fr. 1.20

Bei Bestellungen von mindestens 3 Exem-
plaren kostet das Jahrbuch nur

Mk. —.80. K —.85. Fr. —.85.

Wir ersuchen die Genossen um rege Bestel-
lungen und Weiterverbreitung.

Leo Freymann

Soziales Zeitbild
in vier Aufzügen

Von

Ernst Gutfreund

≡ Preis Mk. 0.80 ≡

Alle Geldsendungen richte man an Rudolf
Großmann (P. Ramus), Klosterneuburg
(bei Wien), Kierlingerstraße 183. (Österr.),